

Ein Familientag für Berlin



Berlin braucht einen Familientag! Das forderte die Berliner CDU-Fraktion in einem in das Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrag.

Dazu sagte Uwe Goetze, Parlamentarischer Geschäftsführer und Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport: „Die CDU will, dass der Senat dieses Thema endlich ernst nimmt, denn bisher sind in der breiten Öffentlichkeit zu wenig Impulse für ein familienfreundliches Berlin gesetzt worden. Mit diesem Tag

könnte der Senat ein öffentliches Zeichen für Familien in der Stadt setzen und zeigen, dass er auch bereit ist, sie in den Mittelpunkt seiner Politik zu stellen.“ In anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Hessen,

werde bereits seit mehreren Jahren erfolgreich ein Familientag durchgeführt, so Goetze. Dieser Familientag habe maßgeblich dazu beigetragen, dass die Belange von Familien, die Arbeit der Träger der

Familienarbeit sowie die Förderung von mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt seien. Gerade auch Berliner Familien bräuchten mehr Möglichkeiten, um sich über das berlinweite Angebot für Familien und neue Wege in der Familienpolitik informieren zu können. Dazu könne ein solcher Familientag in hohem Maße beitragen. Goetze forderte, in das Konzept eines solchen Familientages direkte Gesprächsmöglichkeiten mit Familienpolitikern und Akteuren bezirklicher und landesweiter Familienarbeit einzubinden. Vor allem seien auch in Vorbereitung

des Projekts „Familientag“ die Familienverbände und andere Träger der Familienarbeit zu beteiligen: „Dadurch könnten zum einen neue Netzwerke und Kontakte zwischen den Vertretern der Berliner Familienarbeit und der Politik zum Wohle der Berliner Familien geknüpft werden. Zum anderen sollte dieser Tag aber auch ein großes Dankeschön an die Berliner Familien selbst sein, die mit ihrer Arbeit die Gesellschaft bereichern. Deshalb sollte dieser „Ehrentag“ mit einem bunten Unterhaltungsprogramm verbunden sein, das ganz speziell auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist.“



Vorsorgeuntersuchungen: Kinderwohl vor Elternrecht



Die Häufung von Fällen, bei denen hilf- und wehrlose Kinder vernachlässigt werden, ist erschreckend. Die CDU fordert, dass den betroffenen Kindern durch eine Zusammenarbeit der Behörden mit den Eltern ein größtmöglicher Schutz vor Vernachlässigungen und Misshandlungen geboten wird.

Der jugendpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Sascha Steuer, sprach sich mit Nachdruck für die Einführung verbindlicher Vorsorgeuntersuchungen im Kindesalter aus: „In Berlin hat es nach

Angaben des Senats mit 384 bzw. 227 Fällen allein im Jahr 2003 die meisten Misshandlungen und Vernachlässigungen im Bundesgebiet gegeben. Die Dunkelziffer liegt vermutlich weitaus höher. Die von den Regierungsfractionen ins Feld geführten Schuleingangsuntersuchungen greifen zu kurz, weil die meisten Kinder in den ersten drei Lebensjahren misshandelt werden.“

Steuer wandte sich gegen die Kritik von anderen Parteien: „Aus Sicht der Union muss bei Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung das Kindeswohl vor dem Elternrecht stehen. Deshalb kann eine verpflichtende Vorsorge-



untersuchung für Kinder auch aus rechtlicher Sicht kein Verfassungsverstoß sein, wie es die Berliner

SPD und Linkspartei.PDS behaupten. Denn wie sollte man denn sonst ähnlich gelagerte Fälle betrachten,

bei denen Kinder aus den verschiedensten Gründen aus den Familien genommen und zum Beispiel in Pflegefamilien oder Heimen untergebracht werden müssen?“ Die Forderung der CDU werde nicht nur von gesellschaftlich relevanten Gruppen wie dem Deutschen Kinderhilfswerk unterstützt, so Steuer, sondern auch von der Mehrheit der Bundesbürger. 75 Prozent hätten sich nach einer Infratest-Umfrage für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern ausgesprochen. Diesem Votum müsse sich auch der Senat stellen und dem politischen Willen und dem Schutz der Kinder entsprechen.

Böger bevormundet Eltern bei Schulwahl



Die Gängelung des Staates, Eltern zu zwingen, ihre Kinder auf wohnortnahe Schulen anzumelden, widerspricht den Grundsätzen einer freien, demokratischen Gesellschaft. Die Berliner CDU fordert daher mehr Wahlfreiheit für Eltern.

Katrin Schultze-Berndt

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katrin Schultze-Berndt, sprach sich für die Einführung der freien Schulwahl in Berlin aus: „Eltern melden ihre Kinder nicht ohne Grund an entfernteren Schulen an. Sie nehmen den längeren Schulweg ihrer Kinder bewusst in Kauf, um diejenige Schule auszuwählen, die am besten auf das Profil, die Begabungen

und Neigungen ihres Nachwuchses passt. Eine staatlich verordnete Schule führt zwangsläufig dazu, dass das Niveau der Schüler absinkt, da sich der Lernfrust auf die gesamte Ausbildung auswirkt.“ Schultze-Berndt kritisierte Schulsenator Böger und warf ihm Doppeltzungigkeit vor: „Einerseits fordert Böger die Profilierung der Schulen. Andererseits vollzieht er die ver-

pflichtende Zuweisung zu wohnortnahen Schulen. Er konterkariert seine eigenen Vorgaben.“ Schultze-Berndt betonte, dass es bei einer staatlichen Bevormundung der Auswahl der Schule im Hinblick auf die desaströsen PISA-Daten aus Berlin zu einer indirekten Vertreibung von Familien kommen könne: „Nicht mehr nur deutsche Eltern, sondern verstärkt auch Familien

nicht-deutscher Herkunft haben sich bereits für einen Umzug entschieden, damit ihre Kinder in Schulen mit höheren Leistungsniveaus angemeldet werden können. Die enormen Differenzen bei vielen Schülerinnen und Schülern hinsichtlich des Sprachstandes in Deutsch müssen schnellstens nivelliert werden. Alle Anstrengungen bei der Integration sind darauf auszurichten.“